

## *Kolumbien-aktuell*

No. 480    22. November 2008

### **1. Soziale Bewegungen:**

- **Die „Minga indígena y popular“ des Widerstandes: Eine heroische Geste für das Recht auf Leben und Land**

### **2. Chronologie: 1. – 15. Oktober 2008**

*Verfasser:*

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la  
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos  
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá  
Tel. 00571 288 71 87  
e-mail: [coeuropa@etb.net.co](mailto:coeuropa@etb.net.co)  
Internet: [www.ddhhcolombia.org.co](http://www.ddhhcolombia.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

## **1. Soziale Bewegungen: Die „Minga indígena y popular“ des Widerstandes: Eine heroische Geste für das Recht auf Leben und Territorium**

Die Minga, ein Kichwa-Wort, das „geteilte und gemeinschaftliche Arbeit“ bedeutet, tauchte am vergangenen 12. Oktober in Kolumbien wieder auf. Dies in Gestalt eines unaufhaltbaren Marsches für das Leben und Territorium und um 516 Jahre des Widerstandes der indigenen Völker gegen Plünderung und Ausrottung zu gedenken. Ein Prozess, der mit der spanischen Invasion am 12. Oktober 1492 begonnen hatte und sich bis heute in Prozessen der Militarisierung, einer extremen Gewalt und dem Landraub, der sich in den letzten Jahren zugespitzt hat, fortsetzt.

### **Die Minga: Ein Wort in Bewegung**

Am 11. Oktober begannen die Indigenen in den Departements Cauca, Huila, Valle, Chocó, Caldas, Risaralda, Atlantico, Guajira, Cesar, Córdoba, Sucre, Arauca, Meta und Nordsantander aus ihren Weilern in die wichtigsten Orte und an bedeutende Strassen zu gehen und sich dort zu versammeln. Dort führten sie verschiedene Protestaktionen gegen Gesetze und Gesetzesprojekte durch, welche die Rechte der indigenen Völker und die Integrität ihrer Territorien verletzen, so insbesondere das „Statut zur ländlichen Entwicklung“ (Gesetz 1152 von 2007) und das Freihandelsabkommen mit den USA (TLC). Zudem soll mit der Mobilisierung die Einhaltung von Verpflichtungen und Abmachungen mit der Regierung in Bezug auf Entschädigung und die Einhaltung von nationalen und internationalen Normen zum Schutz der indigenen Völker eingefordert werden. Die indigenen Völker der Nasa, Kokonukos, Yanacona, Guambiano, Embera, Eperara Siapidara, Wounaan, Barí, Kankuamos, Mokaneá, Wiwa, Arhuacos, Senú, Sikuanis, Piapocos, Salibas und U'wa erhoben ihre Stimmen des Protestes im ganzen Land.

Gegen 3'000 Embera-Indigenas aus sechs Gemeinden Risaraldas marschierten nach Pueblo Rico an der Grenze zum Dep. Chocó und verlangten von der Regierung Antworten auf ihre Bedürfnisse nach Gesundheitsversorgung, Territorium und Bildung. Im Dep. Huila machten sich 15 Busse mit Yanacunas, Guambianos und Paeces auf den Weg nach Neiva. Doch sie wurden von der Armee aufgehalten und ihre Weiterfahrt und ihr Recht auf Protest wurde ihnen mit dem Argument verweigert, das Land befinde sich im Ausnahmezustand und sie hätten kein Recht auf Kundgebungen. Rund 1'000 Indigenas des Dep. Caldas kamen aus dem Resguardo (indigenes Schutzgebiet) Cañamomo Lomapieta und konzentrierten sich in Tumbabarreto an der *Strasse des Westens* in Protest gegen 516 Jahre der Vernachlässigung. In Quibdó, der Hauptstadt des Dep. Chocó, besetzten rund 300 Indigenas den Sitz der Ombudsstelle. Sie verlangten die Einhaltung der mit der Regierung vor wenigen Monaten ausgehandelten Abkommen und klagten den Tod von 600 Minderjährigen aufgrund von Unterernährung an.

Die Proteste dehnten sich auf 16 der 32 Departements des Landes aus. Die massivsten und stärksten Proteste fanden in den Dep. Valle und Cauca statt. Rund 12'000 Indigenas und Bauern zogen von La Maria im Dep. Cauca in die über 100 km entfernte Metropole Cali, der Hauptstadt des Dep. Valle del Cauca. Auf ihrem Weg nach Cali stiessen Tausende von Indigenen zum Marsch. Schliesslich waren es rund 30'000 Marschierende, welche in Cali direkt mit Präsident Uribe verhandeln wollten.

### **Die 5-Punkte-Agenda**

In ihrer 5-Punkte-Agenda legen die Indigenen ihre Forderungen und Gründe dar, welche die Minga in Bewegung brachte. Die Minga ist die klare Einforderung der Rechte der Indigenen und der kolumbianischen Gesellschaft insgesamt. Erstens: Die Indigenen halten es nicht länger aus, dass unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung und in Umsetzung der „Politik der demokratischen Sicherheit“ systematisch Mitglieder ihrer Gemeinschaften und ihre Führungsleute ermordet werden, die Armee alle möglichen Formen von Übergriffen verübt und ihre ursprünglichen Territorien militarisieren werden. Sie verlangen, dass die Gewalt gegen sie gestoppt wird. Zweitens: Die Regierung soll die UNO-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker unterzeichnen und den Indigenen das Recht auf die Kontrolle ihrer Territorien und Bodenschätze einräumen und ihre Territorien demilitarisieren. Die kolumbianische Regierung hat bisher diese UNO-Erklärung nicht unterzeichnet. Drittens: Kürzlich erlassene Gesetze sollen aufgehoben werden, so das Gesetz über „Ländliche Entwicklung“, das Waldgesetz, das Wassergesetz und das Bergbaugesetz. Alle diese Gesetze haben das Land den Bedingungen des Freihandels angepasst und führen dazu, dass das Land, das Wasser, die Wälder, die genetischen Ressourcen und die Bodenschätze von Grossgrundbesitzern und multinationalen Unternehmen angeeignet werden, in Verletzung der Rechte der indigenen Völker, welche in diesen Gebieten seit Generationen leben. Viertens: Ablehnung der Freihandelsverträge (TLC Tratados de Libre Comercio), welche Kolumbien mit Europa, den USA und anderen Ländern zur Zeit aushandelt, da damit der Reichtum und die Arbeit an die multinationalen Unternehmen übergeben wird. Fünftens: Die Regierung soll die mit verschiedenen Regierungen ausgehandelten Abkommen über die Rückgabe von Land erfüllen und den weiter anhaltenden Landraub, die Ausbeutung der Bodenschätze und die Vorantreibung von Megaprojekten in indigenen Territorien stoppen. Gleichzeitig soll die Regierung die Rechte der Indigenen anerkennen und aufhören, die Gesellschaft mit Zahlen über indigenen Landbesitz und Bodenschätze in den Händen der Indigenen zu manipulieren.

### **Auf die indigenen Forderungen reagiert die Regierung mit Massnahmen der Terrorbekämpfung**

Wie bei früheren Kundgebungen beeilte sich die Regierung, die Mobilisierung der Indigenen mit extremer Gewalt zu unterdrücken, mit dem Argument, die Kundgebungen seien von der Guerilla infiltriert. Darauf reagierten die Indigenen mit der Blockierung der panamerikanischen Strasse, welche Kolumbien mit Ecuador verbindet. Während mehrerer Tage kam es zu Zusammenstössen, wobei die staatlichen Sicherheitskräfte unverhältnismässig und willkürlich Gewalt einsetzten. Dabei kamen auch vermummte Zivilisten (Paramilitärs?) zum Einsatz, welche zusammen mit Armee und Polizei agierten.

Die Regierung sagte, bei den Zusammenstössen seien gegen 30 Polizisten verletzt worden. Einer davon hätte schwere Verletzung an den Händen erlitten. So wurde versucht, Beweise für die Gewalt der Indigenen zu zeigen. Doch die militärische Konfrontation der Kundgebungen forderten den Tod von 5 Indigenen und 129 Indigene wurden verletzt. Durch den Einsatz irregulärer, nicht-konventioneller wie auch der üblichen Armeewaffen, wollte die Armee glauben machen, die Gewalt käme von den Indige-

nen selber und nicht von der Sicherheitskräften. Damit wiederholt sich die alte Tradition der spanischen Kolonie, die Angegriffenen als Angreifer und die Opfer als von Natur aus gewaltsam darzustellen. In einer irrationalen Beleidigung und Schmähung der Forderungen der Indigenen, benutzten die Sicherheitskräfte Macheten, Schusswaffen, selbstgebastelte Bomben und Tränengaspatronen, die sie mit Splintern, Glasscherben und Nägeln füllten, welche bei den Getroffenen zu schweren Verletzungen führten. So verloren mindestens sechs Indigene ein Auge und mehr als 20 wurden durch Machetenhiebe verletzt.

### **Wortlaut der Regierung: Die Indigenen – Grossgrundbesitzer und Terroristen**

Die Klagen über den unverhältnismässigen Einsatz von Gewalt durch die Sicherheitskräfte gegen die Mobilisierungen der Indigenen wurden von den Behörden und von Präsident Uribe selber beharrlich negiert. Uribe meinte in einer TV-Erklärung, die Polizei habe gegen die Indigenen nur Schlagstöcke und Schutzschilder eingesetzt, jedoch keine Schusswaffen und sie hätte auch nicht im Verbund mit Zivilen gearbeitet, welche auf die Demonstranten schossen. Doch die internationale Verbreitung eines Videos durch CNN zeigte genau das Gegenteil und zwang den Präsidenten, seine Version zu korrigieren und vor den Medien zuzugeben, dass die Polizei von den Schusswaffen Gebrauch machte.<sup>1</sup>

Als die offizielle Gewalt nicht mehr verheimlicht werden konnte, konzentrierte sich die Regierung darauf, die Indigenen als gewalttätig und als Terroristen und die Mobilisierung als von der FARC angezettelt darzustellen. Doch das Land kennt die Anstrengungen der indigenen Führungsleute und Gemeinschaften, um ihre Forderungen friedlich vorzubringen und die Reaktionen der Gemeinschaften auf die Gewalt und Aggressionen der Sicherheitskräfte unter Kontrolle zu halten. Die *Guardia Indígena*, ein indigener Ordnungsdienst, ist als bewundernswertes Beispiel für Organisation und Engagement anerkannt. Energie, Beharrlichkeit und Vorsicht kombinieren sich in der Guardia Indígena mit einer ausgezeichneten Disziplin. Die Indigenen haben in Wort und Tat immer wieder gezeigt, dass sie keine „bewaffneten Aufständischen“ sind, wie sie dargestellt werden, sondern „alzados de bastones de mando“, Aufständische des Befehlsstabes (A.d.Ü. die Guardia indígena operiert nur mit einem Holzstock als Zeichen der indigenen Autorität).

Die Indigenen anzuklagen, die Gewalt zu praktizieren, heisst ihre Geschichte und lange Tradition der Gewaltlosigkeit zu verkennen, wie auch ihre energische Ablehnung gegenüber allen Konfliktakteuren, die Guerilla mit eingeschlossen. Denn in ihrem Kampf um die Einforderung ihrer Rechte, das Leben der Indigenen und der Territorien kam es auch zu Konfrontationen mit der Guerilla. Gegenüber der Anschuldigung der Behörden, die Kundgebungen seien von der FARC angezettelt worden und infiltriert, meinte Daniel Piñacué: „Wir werden nicht von der FARC in Bewegung gesetzt, sondern vom Hunger und dem Durst nach Gerechtigkeit.“<sup>2</sup>

Um zu zeigen, dass die Indigenen die Gewalt fördern, haben die Behörden ihnen Methoden zugeschrieben, die sie selber benutzten, um gegen die Mobilisierungen vorzugehen. Polizeidirektor General Oscar Naranjo meinte, die Minga habe sich durch „die gewaltsame Haltung vieler Kundgebungsteilnehmer, den Einsatz von Sprengkörpern und unkonventionellen Waffen charakterisiert. Er behauptete, er habe Informationen über die direkte Beteiligung der FARC an den Märschen.“<sup>3</sup> Als Beweise führte er abgehörte und aufgezeichnete Gespräche zwischen indigenen Führungsleuten an, welche als Gespräche zwischen FARC-Kommandanten ausgegeben wurden.

Landwirtschaftsminister Andrés Felipe Arias behauptete, innerhalb der protestierenden Indigenen des Cauca hätte es eine beachtliche Zahl von Mitgliedern „terroristischer Gruppen“.<sup>4</sup> Damit sollten nicht nur die Forderungen der Indigenen nach Rückgabe des geraubten Landes negiert werden, sondern auch die gewaltsame Repression gerechtfertigt werden. Präsident Uribe selber rechtfertigte die Polizeigewalt mit der vermeintlichen Infiltration der Guerilla. Er machte aber gleichzeitig auch klar, dass

1 <http://es.youtube.com/watch?v=231wgWDwRsM&feature=related>

2 : [http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/D/despertar\\_indigena/despertar\\_indigena.asp](http://www.elcolombiano.com/BancoConocimiento/D/despertar_indigena/despertar_indigena.asp)

3 [http://www.cambio.com.co/portadacambio/799/ARTICULO-WEB-NOTA\\_INTERIOR\\_CAMBIO-4618951.html](http://www.cambio.com.co/portadacambio/799/ARTICULO-WEB-NOTA_INTERIOR_CAMBIO-4618951.html)

4 <http://www.elspectador.com/noticias/nacional/articulo84029-no-frenan-los-enfrentamientos-via-panamericana>

die Regierung nicht zulasse, dass die Indigenen sich gegen die Freihandelsabkommen stellen. Die Indigenen lehnen die Freihandelsabkommen ab, da so ihre Territorien, Ressourcen und ihr traditionelles Wissen der Logik des Handels und der Kontrolle durch multinationale Konzerne unterworfen und zur Ware werden. So meinte Präsident Uribe: „Wir akzeptieren keine Fallen, denn es haben sich Terroristen infiltriert. Sie massakrieren die Polizisten und üben alle möglichen Formen von Gewalt aus und dann beschuldigen sie uns vor der internationalen Gemeinschaft, nur weil wir handeln und die Blockaden und gewaltsamen Zusammenstöße vermeiden. All dies wird mit dem Ziel gemacht, die Annahme des Freihandelsabkommens zu blockieren, einen für Kolumbiens derart wichtigen Schritt.“<sup>5</sup>

Bei all diesen Verleumdungen gegen die indigenen Gemeinschaften tönen die Anschuldigungen nach, welche bereits vor Jahrhunderten Juan Ginés de Sepúlveda, der offizielle Chronist von Kaiser Karl V., gegen die Indigenen richtete. Im Jahr 1545 erklärte er: „Die Indios sind Barbaren, einfach, ungebildet und Analphabeten. Bestien, die völlig unfähig sind, etwas zu lernen, das nicht rein mechanisch ist. Sie sind voller Laster, grausam und derart verschlagen, dass es ratsam ist, dass sie von anderen regiert werden... Zudem müssen die Indios das spanische Joch akzeptieren, auch wenn sie dies nicht wollen, als Zwangsarbeit und Strafe für ihre gegen das göttliche und natürliche Recht verübten Verbrechen, insbesondere die Gotteslästerung und die schreckliche Sitte von Menschenopfern.“<sup>6</sup>

### **Die Indigenen haben viele Rechte – sie haben kein Recht zu reklamieren**

Verbunden mit der Rechtfertigung der überbordenden Gewalt und Repression gegen die Indigenen folgte eine Medienkampagne der Regierung, welche aufzeigen sollte, dass ihre Forderungen unge-rechtfertigt sind. Uribe meinte, die Indigenen hätten bereits zu viel Land und sie sollten deshalb nicht noch mehr Land verlangen. Sie hätten auch kein Recht, sich der Ausbeutung der Bodenschätze und Ressourcen entgegen zu stellen. Sie würden bereits mehr als 30 Mio. Hektar Land besitzen. So sagte Uribe im Fernsehen: „3,2% der Gesamtbevölkerung, dies ist der Anteil der indigenen Bevölkerung, besitzt 27% des Bodens.“ Präsident Uribe, selber Grossgrundbesitzer im Norden Kolumbiens, verkennt, dass die Indigenen nicht den individuellen Besitz des Bodens verteidigen, sondern die Mutter Erde, welche nicht einigen wenigen gehört, sondern allen und welche sie durch den kollektiven Besitz schützen und erhalten wollen.

Der Betrug in Bezug auf den indigenen Landbesitz verschweigt die Tatsache, dass 90% dieses Landes der indigenen Völker im Amazonas- und Orinoquia-Becken liegt, welche nicht landwirtschaftlich genutztes Land sind und auch nicht landwirtschaftlich nutzbar sind. Vom Rest liegt ein grosser Teil in der Wüste der Guajira oder sind Páramos (Hochmoore) und Nationalparks, welche den indigenen Territorien übergeordnet sind. Diese Naturparks wurden genau darum den indigenen Völkern zugeschrieben, weil sie diese am effizientesten schützen und bewahren und so die Erhaltung des Waldes und der Wasserquellen garantieren. Die Realität sieht folgendermassen aus: 445'000 Indigene leben ausserhalb von Resguardos und haben damit kein Recht auf Land. Der Staat anerkennt keine neuen Resguardos, weil er den Indigenen kein Recht auf Land mehr geben möchte. So verfügen rund 1,4 Mio. Indigene Kolumbiens nur über etwas mehr als 3 Mio. Hektar Land, d.h. rund 3 Hektar pro Indigenem.

So herrscht in den indigenen Gemeinschaften das Minifundium (Kleinstlandbesitz) vor und sie bilden zusammen mit den afrokolumbianischen Gemeinschaften den ärmsten und ausgeschlossensten Teil der Bevölkerung. Dazu kommt das neue Fieber nach Agrotreibstoffen, die Vergabe von riesigen Konzessionen für die Ausbeutung von Bodenschätzen und Erdöl an multinationale Firmen und die neuen Gesetze, welche die Wirtschaft des Landes den Forderungen der Freihandelsverträge unterwerfen. Diese Freihandelsverträge haben die Gier des Grosskapitals auf das Land und die Ressourcen der indigenen Völker entfesselt. Die indigenen Territorien werden erbarmungslos von agroindustriellen, Bergbau- und Infrastrukturmegaprojekten invadiert. Die Territorien werden damit zerstückelt und das Überleben der 102 indigenen Völker Kolumbiens ist in Gefahr. 18 indigene Völker sind direkt vom Aussterben bedroht und haben heute weniger als 200 Mitglieder, 10 indigene Völker zählen gar weniger als 100 Mitglieder.

<sup>5</sup> <http://web.presidencia.gov.co/sp/2008/octubre/15/09152008.html>"<http://web.presidencia.gov.co/sp/2008/octubre/15/09152008.html>

<sup>6</sup> Juan Ginés de Sepúlveda: De la justa causa de la guerra contra los indios

### **Härte und Verachtung gegenüber den Forderungen der indigenen Gemeinschaften**

Die offizielle Antwort des Staates auf die Mobilisierung der Indigenen konzentrierte sich auf die unverhältnismässige, bewaffnete Gewalt, der Beleidigung der Würde, des Lebens und der Integrität der Protestierenden. Zudem wurden die Indigenen als Grossgrundbesitzer, Gewalttäter und Verbündete der Guerilla verleumdet. Vizepräsident Santos versuchte die kolumbianischen Indigenen als Privilegierte der kolumbianischen Gesellschaft und als die am besten vom Staat versorgten Indigenen weltweit darzustellen. In Erklärungen gegenüber der Nachrichtenagentur EFE im Europaparlament in Strassburg meinte Santos: „Kolumbien hat die fortschrittlichste Gesetzgebung bezüglich der Indigenen.“ Sie hätten ihre eigenen Bildungssysteme, eigene Finanzmittel und eigene Gerichtsbarkeit, obwohl nur „3% zu dieser Bevölkerungsgruppe gehört“. „Es handelt sich um eine äusserst fortschrittliche Gesetzgebung. Doch wenn die Indigenen wollen, dass das Land keine Assoziationsabkommen oder Freihandelsverträge machen darf, was einer der Gründe für die Mobilisierung ist, so können die restlichen 97% der kolumbianischen Gesellschaft nicht zur Geisel der Indigenen werden.“<sup>7</sup>

Die Indigenen gegen den Rest der kolumbianischen Gesellschaft zu setzen und sie national und international als Privilegierte, Grossgrundbesitzer und Gewalttätige darzustellen – wie es die jetzige Regierung gemacht hat – ist ein weiterer Beweis des internen Kolonialismus und strukturellen Rassismus, welcher in der kolumbianischen Gesellschaft vorherrscht. Es zeigt auch das Fehlen einer minimalen Gleichheit zwischen den politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes und den indigenen Völkern. Die Versuche der Indigenen mit der Regierung über die berechtigten Forderungen der Minga zu verhandeln, stiessen auf rhetorische und ablehnende Antworten des Präsidenten. Die erste Zusammenkunft zwischen Uribe und der Minga sollte am 26. Oktober 08 in Cali stattfinden. Doch es kam nicht dazu, da die Regierung hinter verschlossenen Türen bei einem regionalen TV-Sender verhandeln wollte. Die Indigenen hatten eine öffentliche Verhandlung im Beisein der Marschierenden verlangt. Die Indigenen kehrten daraufhin in ihr Friedens- und Verhandlungszentrum La Maria zurück und zitierten Präsident Uribe auf den 2. November zu einem Treffen. Doch auch dieses Treffen verlief ergebnislos und brachte keine konkreten Lösungen auf die 5-Punkte-Agenda. Uribe berichtete über das Entgegenkommen seiner Regierung, versprach eine weitere Debatte und weitere Verhandlungstische, die jedoch in der Vergangenheit zu gar nichts geführt hatten.

Auf die Forderung nach Demilitarisierung der Territorien und des Stopps der Gewalt gegen die Indigenen, antwortete Präsident Uribe: „Es kann keine verbotenen Zonen für die staatlichen Sicherheitskräfte geben.“ Die militärischen und polizeilichen Aktionen in indigenem Territorium wären zur Verhinderung von Gewaltakten, der Präsenz und der Aktivität der Guerilla.<sup>8</sup> Die Schwierigkeit besteht darin, dass die Interpretation was Guerillamitglieder sind, im Rahmen der Politik der demokratischen Sicherheit derart ausufernd ist, dass bei diesem Treffen Uribe gar behauptete, der Direktor von Human Rights Watch sei „Komplize und Verteidiger der FARC“.<sup>9</sup> Da die Indigenen ihr Territorium als neutrales Gebiet betrachten, in dem sich kein bewaffneter Akteur (eingeschlossen auch die staatlichen Sicherheitskräfte) aufhalten darf, lehnen sie die Präsenz von Armee und Polizei ab.

Auf die Forderung nach Einhaltung der Übergabe von zugesprochenem Land, dies aufgrund eines Urteils der Interamerikanischen Menschenrechtskommission als Entschädigung für Massaker an den Indigenen, behauptete Landwirtschaftsminister Andrés Felipe Arias: „Die Verzögerungen bei der Übergabe dieses Landes ist eine Folge der Gewaltakte von Indigenen.“<sup>10</sup>

Auf die Anklagen wegen der wahllosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und dem Handel mit diesen Ressourcen in den Freihandelsverträgen wie auch den Konzessionen für die Ausbeutung von Bodenschätzen und Erdöl in weiten Gebieten und auch die Produktion von Agrotreibstoffen in ihren Territorien, meinte Uribe: „Man kann der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit dem Argument der Verteidigung des Lebens kein Veto auferlegen. Diese Ausbeutung ist für den Bau von Werken

<sup>7</sup> <http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Noviembre202008/santosrehen.html>

<sup>8</sup> <http://web.presidencia.gov.co/sp/2008/noviembre/02/04022008.html>

<sup>9</sup> <http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Noviembre032008/indi1.html>

<sup>10</sup> Ebd.

notwendig. Auch der Untergrund kann nicht den Indigenen übergeben werden, denn er ist Besitz der Nation.“<sup>11</sup>

Und auf die Forderung, Kolumbien solle die UNO-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker unterzeichnen, meinte Präsident Uribe, man könne diese Möglichkeit studieren, allerdings unter den Vorbehalten, dass die Armee weiter in den indigenen Territorien bleiben kann und die Freiheit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und Bodenschätze in den indigenen Territorien nicht eingeschränkt werde. Das heisst, die UNO-Erklärung zu ratifizieren, jedoch ohne ihre wichtigsten Punkte anzuerkennen.

Gegenüber einer derartigen Unzugänglichkeit und einer derart klaren Beleidigung gegenüber ihren Forderungen, meinten die Indigenen: „Wir meinen, dass der kolumbianische Staat und die nationale Regierung unsere Rechte weder schützen noch garantieren und uns Gewalt antun oder Komplizen Dritter sind, die uns Gewalt antun.“<sup>12</sup>

Die Auffassung, dass die Indigenen Wesen ohne Rechte und BürgerInnen zweiter Kategorie sind, kommt implizit in der Ablehnung der Regierung Uribes gegenüber ihren Forderungen zum Ausdruck und auch darin, wie sie versuchte, die Mobilisierung zu zermürben, indem sie die Behandlung ihrer Forderungen immer weiter hinauszögerte. Dies ist eine automatische Reaktion der lateinamerikanischen Eliten gegenüber den Forderungen des Volkes. Bereits Luis Advis wies in seinem Bericht über das Massaker an der Schule von Santa Maria darauf hin: „Was bedeutet ihnen schon die Rebellion der Besitzlosen, der Parias. Bald schon werden sie reuig zurückkehren, vom Hunger getrieben und mit gesenkten Köpfen.“ (Cantata de Santa Maria de Iquique)

Die *Minga de Resistencia Indigena y Popular* hat es geschafft, den Autoritarismus der aktuellen Regierung aufzudecken. Zudem wurde der Missbrauch des sogenannten „globalen Kampfes gegen den Terrorismus“ wie sie in der Politik der demokratischen Sicherheit zum Ausdruck kommt, offensichtlich. Ebenso wurde deutlich, wie mittels dieser Politik die in der Verfassung von 1991 von den indigenen Gemeinschaften erreichten Erfolge wieder rückgängig gemacht werden sollen. Die Verfassung von 1991 erklärte Kolumbien als multikulturelle und pluriethnische Nation, in der die Indigenen volle Rechte und Gleichstellung mit dem Rest der Gesellschaft erreichten und Hoheit über ihre Territorien zugestanden bekamen. Diese Rechte sollen nun aufgrund der Dynamiken der Internationalisierung der Wirtschaft, angeführt von multinationalen Konzernen und mittels Freihandelsverträgen, wieder aberkannt werden.

In der Antwort der Indigenen auf die Arroganz des Präsidenten gegenüber ihren berechtigten Forderungen kommt dieser Rückschritt in der kolumbianischen Demokratie und der erneute Raub ihrer Rechte zum Ausdruck: „Jetzt, da unser sozialer und friedlicher Widerstand mehr darauf ausgerichtet ist, unsere Territorien zu verteidigen, die Mutter Erde, die uns Leben und Identität gibt, werden wir als ein Hindernis des wirtschaftlichen Fortschrittes des Landes betrachtet. Weil wir unsere Territorien verteidigen, werden wir als militärische Ziele behandelt, belagert, ausgerottet, zum Tod durch Erschöpfung und Hunger verurteilt, gewaltsam vertrieben und zum Exil in anderen Ländern gezwungen. Unsere Forderungen und unsere Organisationen werden kriminalisiert und wir werden zum Verschwinden verurteilt. Die Logik, mit der wir früher als schädliche Tiere bezeichnet wurden, ist die gleiche, welche uns heute als ein Hindernis für die Entwicklung bezeichnet. Beide stigmatisieren, negieren und diskriminieren uns, damit jene, die diese Logik propagieren sich unserer Territorien und ihrer Ressourcen bemächtigen und ihre Geschäfte machen können.“<sup>13</sup>

Die Aggressionen, Verleumdungen, Beleidigungen und die Verachtung der Forderungen der indigenen Völker zeigen einen klaren Zerfall des Rechtsstaates und den schweren Rückschritt, zu dem die Sozi-

---

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> <http://www.onic.org.co/minganoticias.shtml?x=35394>

<sup>13</sup> LAS RESPUESTAS DEL PRESIDENTE NO FUERON CLARAS PARA LOS PUEBLOS INDIGENAS!!!. En: <http://www.onic.org.co/minganoticias.shtml?x=35394>

al- und Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung geführt haben. Zudem wurde klar, wie die Sicherheitspolitik das Vertrauen der Investoren fördert und gleichzeitig die Ausgrenzung und Marginalisierung derjenigen Kreise vertieft, welche diesen Akkumulationsstrategien nicht von Nutzen sind.

In dieser Strategie kommt den Indigenen in der kolumbianischen Gesellschaft in den Konzeptionen und Praktiken der Regierung keine andere Rolle zu, wie bereits unter den spanischen Eroberern des 16. Jahrhunderts. Die Indigenen sollen unterworfen werden und sie erhalten eine Behandlung als rechtlose Wesen. Trotz der verfassungsmässigen Rechte werden ihnen diese aberkannt und es wird ihnen selbst das Recht abgesprochen, sie einzufordern. All die Demütigungen, Gewalt und Verleumdungen, welche die indigenen Völker Kolumbiens durch die jetzige Regierung erlitten haben, scheint in der Konzeption der spanischen Könige des 16. Jahrhunderts über die Indigenen inspiriert zu sein. So schrieb Juan Ginés de Sepúlveda in seinem Werk *„Von dem gerechten Krieg gegen die Indios“*: „Mit perfektem Recht herrschen die Spanier über diese Barbaren der Neuen Welt und deren Inseln. Diese (Barbaren) sind in Vorsicht, Geist, Tugend und Menschlichkeit den Spaniern derart unterlegen, wie Kinder Erwachsenen und die Frauen den Männern. Der Unterschied zwischen ihnen ist so gross, wie zwischen wilden und grausamen Menschenbestien zu gütigen Menschen. Was könnte diesen Barbaren besseres und wünschbareres geschehen, als dem Imperium jener unterworfen zu werden, deren Vorsicht, Tugend und Religion sie von Barbaren, die nicht einmal den Namen von Menschen verdienen, zu zivilisierten Menschen machen, so sie dies denn werden können. Aus vielen und sehr schwerwiegenden Gründen sind diese Barbaren gezwungen, das Imperium der Spanier zu erhalten (...) und dies ist für sie selber noch vorteilhafter wie für die Spanier. (...) Wenn sie unserem Imperium zu fliehen versuchen, so können sie mit Waffengewalt gezwungen werden, es zu akzeptieren. Und dieser Krieg wird, wie wir es mit der Autorität grosser Philosophen und Theologen bereits erklärt haben, aufgrund des natürlichen Rechtes ein gerechter Krieg sein. Der erste Grund der Gerechtigkeit unseres Eroberungskrieges liegt darin, dass (diese Wesen) von Natur aus barbarisch, ungebildet und unmenschlich sind und sich weigern, das Imperium der weiseren, mächtigeren und vollkommeneren Menschen anzuerkennen. Dieses Imperium wird ihnen grossen Nutzen und viele Annehmlichkeiten bringen und es ist zudem aufgrund des Naturrechtes nur gerecht, dass die Materie der Form gehorcht.“<sup>14</sup>

Auch mehr als einen Monat seit Beginn der Mobilisierungen für das Recht auf Leben, Identität, Territorium und Selbstregierung, geht die Minga weiter. Am 10. November marschierten die Indigenen erneut aus dem Dep. Cauca nach Bakatá, einem vor der spanischen Eroberung wichtigen indigenen Kulturzentrum. Am 21. - 23. November möchten sie erneut mit Präsident Uribe über ihre 5 Punkte-Agenda sprechen. Zusammen mit anderen Kreisen der kolumbianischen Gesellschaft wollen sie auf dem Bolívarplatz in Bogotá, vor dem Präsidentenpalast, ihr Existenzrecht einfordern, wie auch das Recht, ihre Territorien und ihr Recht auf Land zu erhalten. In diesem Kampf stehen nicht nur die Rechte der indigenen Gemeinschaften auf dem Spiel, sondern der gesamten kolumbianischen Gesellschaft und der Menschheit als Ganzes. Den kolumbianischen Indigenen geht es bei ihrem Engagement zum Schutz der Wälder, des Wassers, der Mutter Erde und gegen jene, die darin nur eine Quelle für Geschäfte und für ihren Nutzen in einem zerstörerischen Akkumulationsmodell sehen, nicht nur um die Verteidigung ihrer Rechte, sondern auch der Rechte der Menschheit.

## **2. Chronologie: 1. – 15. Oktober 2008**

### **1. Oktober 2008:**

Oberst Wilfredo Ruiz Silva, welcher angeklagt ist, am Massaker von Trujillo beteiligt gewesen zu sein, stellte sich der Staatsanwaltschaft. Die Untersuchungseinheit der Staatsanwaltschaft (CTI) verhaftete zudem unter der gleichen Anklage den Unteroffizier (im Ruhestand) der Armee, Jairo Trejos Parra. Das Massaker von Trujillo forderte nach Angaben der *Gruppe für Historisches Gedächtnis* in der Zeit zwischen 1986-1994 245 Opfer, die Familienangehörigen sprechen von 342 Opfern. Die Menschenrechtseinheit der Staatsanwaltschaft führt Anklage gegen 12 Ex-Armee- und Polizeimitglieder, zwei ehemalige öffentliche Angestellte und sechs bekannte Paramilitärs. Am 17. September 08

---

<sup>14</sup> Juan Ginés de Sepúlveda. De la justa causa de la guerra contra los indios

verhaftete die Staatsanwaltschaft Ruben Dario Agudelo, Ex-Präsident der Departementsversammlung des Valle del Cauca und Ehemann der jetzigen Bürgermeisterin von Trujillo. Angeklagt wegen dieses Massakers sind auch Henry Loaiza Ceballos, alias El Alacrán (der Skorpion), bekannter Chef des Cali-Kartells, und Drogenboss Diego Montoya Sánchez, alias Don Diego, der inhaftiert ist. Der Oberste Gerichtshof hat dessen Auslieferung an die USA bisher nicht erlaubt, solange nicht seine Beteiligung am Massaker geklärt ist. Der kolumbianische Staat musste sich im Jahr 1995 wegen des Massakers von Trujillo aufgrund der Forderung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission öffentlich entschuldigen.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-02/se-entrega-coronel-wilfredo-ruiz-silva-acusado-de-participar-en-la-masacre-de-trujillo\\_4579810-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-02/se-entrega-coronel-wilfredo-ruiz-silva-acusado-de-participar-en-la-masacre-de-trujillo_4579810-1)

Die Disziplinarabteilung des Obersten Justizrates ordnete an, dass in dem Urteil des Obersten Gerichtshofes, worin die Parlamentarierin Yidis Medina wegen Bestechung verurteilt wurde, jegliche Erwähnung von Regierungsfunktionären, die Gegenleistungen angeboten hatten, zu löschen seien. Yidis Medina hatte von Ministern der aktuellen Regierung Pfründe versprochen bekommen, falls sie entgegen ihren Äusserungen für die Verfassungsänderung stimmte, welche die Wiederwahl von Präsident Uribe ermöglichte. Zu diesem Urteil des Justizrates kam es aufgrund einer individuellen Verfassungsbeschwerde des Ministers für Sozialen Schutz, Diego Palacio, einem der Minister, die in diesen Skandal der sog. *Yidispolitica* verwickelt sind. Wegen diesem Bestechungsfall sind Kongressabgeordnete, Minister und hohe Regierungsfunktionäre angeklagt. Mit der jüngsten Ernennung von zwei neuen Richtern kontrolliert Präsident Uribe nun das siebenköpfige Richterergremium der Disziplinarabteilung des Obersten Justizrates. Es wird befürchtet, dass die Regierung jetzt mittels Verfassungsbeschwerden an den Obersten Justizrat versucht, die Urteile des Obersten Gerichtshofes gegen die Regierung oder deren Alliierte, die in Prozesse wegen Verbindungen zum Paramilitarismus (*Parapolitica*) oder in den Bestechungsfall (*Yidispolitica*) verwickelt sind, rückgängig zu machen. Das von der Disziplinarabteilung verhängte Urteil wurde vom Prokurator (Aufsichtsbehörde) als unlogisch bezeichnet, da Bestechung immer zwei Seiten braucht, damit sie zustande kommt: eine Seite, die anbietet und eine Seite, die die Begünstigung annimmt. Glücklicherweise hat sich der Oberste Gerichtshof dahin gehend geäußert, dass er sein Urteil nicht ändern werde und die Ermittlungen weiter geführt werden müsse.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-02/ilogico-fallo-de-la-judicatura-que-tumbo-apartes-de-condena-contra-yidis-medina-dice-el-procurador\\_4579651-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-02/ilogico-fallo-de-la-judicatura-que-tumbo-apartes-de-condena-contra-yidis-medina-dice-el-procurador_4579651-1)

Ever Veloza, alias H.H., ehemaliger paramilitärischer Chef der Einheiten (Bloques) Calima und Bananero, anerkannte seine Verantwortung für die Ermordung von 18 Personen in der Gemeinde Chigorodó (Dep. Antioquia) bei einem Massaker vom 12. August 1995. Eine Gruppe von Paramilitärs drang an diesem Tag in die Diskothek El Aracatazo ein und ermordete diese Zivilpersonen, darunter Gewerkschafter und linke Führungsleute. Die Täter schossen wahllos auf die Opfer, welche sie zuvor zwangen, sich auf den Boden zu legen. H.H. hatte zuvor zugegeben, dass Unternehmer von Urabá die Paramilitärs zur Lösung von Arbeitskonflikten eingesetzt hätten.

<http://www.semana.com/noticias-justicia/hh-reconoce-masacre-aracatazo/116114.aspx>

## 5. Oktober 2008

Das Land ist vom Tod des Kindes Luis Santiago Pelayo erschüttert. Die Leiche des Knaben wurde in Chía im Norden von Bogotá aufgefunden. Der Knabe war am 24. September 08 von seinem Vater Orlando Pelayo entführt worden. Scheinbar hatte der Vater einer Frau 500'000 Pesos bezahlt, um den Jungen aus den Armen seiner Mutter zu entreissen. Der Vater brachte danach seinen Sohn selber um. Während mehrerer Tage konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Medien allein auf diesem tragischen Ereignis. Viele Kreise bezeichneten die Berichterstattung als hysterisch und sensationsgierig. Diese Aufgebrachtheit der öffentlichen Meinung wurde von einigen Kreisen ausgenutzt, um die Einführung der Todesstrafe zu fordern. Andere Kreise wollen im Kongress eine lebenslange Strafe für Mörder, Entführer und Kindesvergewaltiger einführen. Die katholische Kirche schlug den Initianten dieses Vorstosses über den Präsidenten des Nationalen Kirchlichen Gerichtshofes, Monseñor Libardo Ramirez Gómez, vor, auch die Abtreibung als Verbrechen gegen das ungeborene Kind in diese Höchststrafe mit ein zu beziehen. Damit soll das kürzliche Urteil des Verfassungsgerichtes rückgängig gemacht werden, in dem die Abtreibung unter gewissen Umständen zugelassen wurde.

<http://www.elespectador.com/impreso/politica/articuloimpreso42562-cadena-perpetua-aborto>



## **6. Oktober 2008**

Im Resguardo Nuestra Señora de la Candelaria de la Montaña in der Nähe von Riosucio im Dep. Caldas, ermordeten Paramilitärs der „Schwarzen Adler“ Luz Marina Morales, Mauricio Largo Bañol und Cesar Largo Alarcón, alle drei Indigene der Ethnie Embera-Chamí. Die 70-jährige Maria Angélica Alarcón wurde bei dem Überfall verletzt. Am 12. Oktober wurde Nicolás Valencia Lemus an der Strasse nach Toribío im Dep. Cauca ebenfalls von den „Schwarzen Adlern“ ermordet. Am 13. Oktober wurde Cesar Hurtado Tróchez, ein Indigener von Guadalito im Dep. Cauca, durch Schüsse von vier Männern ermordet, die in sein Haus eingedrungen waren. Die Auslöschung und der Raub an den indigenen Gemeinschaften sind zu einem systematischen Verbrechen geworden, das sich durch die extreme Militarisierung der indigenen Territorien aufgrund der Politik der „demokratischen Sicherheit“ intensiviert hat.

<http://www.etniasdecolombia.org/actualidadetnica/detalle.asp?cid=7099>

## **7. Oktober 2008**

Zehntausende von Arbeitenden protestieren in den wichtigsten Städten im Rahmen des weltweiten Aktionstages für eine würdige Arbeit. Die Arbeitenden fordern eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Aufhebung der sog. Arbeitskooperativen (CTA), wie auch Gesamtarbeitsverträge mit den Gewerkschaften und vertragliche Regelung der Sozialleistungen. Alle Formen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die zu Sklaverei ähnlichen Bedingungen und zu Überausbeutung breiter Kreise von Arbeitenden führen, sollen abgeschafft werden.

[http://www.cut.org.co/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1523&Itemid=1](http://www.cut.org.co/index.php?option=com_content&task=view&id=1523&Itemid=1)

Der reichste Mann Kolumbiens, Unternehmer und dominante Figur im Finanzsektor, Luis Carlos Sarmiento Angulo, fordert ein Ende des Streiks der Justizangestellten mittels der Ausrufung des Ausnahmezustandes. Eine grosse Zahl von Prozessen gegen Hypothekarschuldner und anderen Krediten erlitt durch den Streik der rund 40'000 Justizangestellten Verzögerungen. Die Justizangestellten fordern die Anpassung ihrer Löhne, wie es gesetzlich seit dem Jahr 1992 festgelegt ist, aber nur den Richtern der obersten Justizbehörden gewährt worden war.

<http://www.eltiempo.com/archivo/documento/MAM-3135130>

## **8. Oktober 2008**

Der Senat verweigert erneut die Annahme eines Gesetzes, das gleichgeschlechtlichen Paaren sozialen Schutz gewähren soll, dies obwohl zuvor das Verfassungsgericht die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare befürwortet hatte. Organisationen, die für die Rechte von Homosexuellen und Lesben eintreten, sprachen von einer Art „diskriminierender Sturheit“ des Kongresses.

<http://www.elespectador.com/noticias/politica/articulo38252-senado-hunde-proyecto-de-proteccion-social-homosexuales>

## **9. Oktober 2008**

Mit dem Ziel, den Streik der 40'000 Justizangestellten zu beenden, ruft die Regierung den Zustand innerer Unruhe im ganzen Land aus. Die Regierung greift damit auf eine Massnahme zurück, die man überwunden glaubte: Durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes übernimmt die Regierung eine enorme Fülle repressiver Kompetenzen, um so mittels Gewalt Arbeitskonflikte zu lösen. Die Regierung setzte den Streikenden ein Ultimatum und drohte ihnen mit der Entlassung, wenn sie weiterhin auf der Einhaltung der 1992 gesetzlich vereinbarten Lohnanpassung beharrten. Unter dem Vorwand, den Stau der Prozesse aufzuheben, hat die Regierung mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes in die Justiz eingegriffen und die präsidialen Kompetenzen verstärkt.

<http://www.polodemocratico.net/La-insolita-declaratoria-de>

## **10. Oktober 2008**

Ein Staatsanwalt der Menschenrechtseinheit ordnete die Verhaftung des Ex-Kommandanten der 13. Brigade an, General (i.R.) Jesús Armando Arias Cabrales. Der Angeschuldigte wird für das Verschwindenlassen von 11 Personen des Justizpalastes im Jahr 1985 verantwortlich gemacht, darunter auch von mehreren Richtern des Obersten Gerichtshofes. In jener Zeit war General Arias Kommandant der 13. Armeebrigade und befehligte die Rückeroberung des vom M-19 besetzten Justizpalastes.

<http://www.semana.com/noticias-justicia/desapariciones-palacio-justicia-orden-captura-contra-general-arias-cabrales/116471.aspx>

### 11. Oktober 2008

Rund 30'000 Indigene in den Departements Cauca, Huila, Valle, Chocó, Caldas, Risaralda, Atlantico, Guajia, Cesar, Córdoba, Sucre, Arauca, Meta und Nordsantander beginnen Protestaktionen und Mobilisierungen zum Auftakt der *Minga Indigena y Popular por la Resistencia*. Damit protestieren sie gegen Gesetzes- und Administrativvorschläge, welche ihre Rechte als indigene Völker und die Integrität ihrer Territorien verletzen, insbesondere gilt der Protest dem Statut der Ländlichen Entwicklung (Gesetz 1152 von 2007) und dem bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA (TLC). Die Proteste sollen den Genozid an den Indigenen und den Landraub durch die bewaffneten Akteure anklagen, ebenso die Ausbeutung der Bodenschätze durch multinationale Firmen in indigenen Territorien, wie auch die Weigerung der Regierung, die den Indigenen entrissenen Territorien wieder zurück zu erstatten.

<http://www.onic.org.co/nuevo/comunicados.shtml?x=34914>

### 14. Oktober 2008

Die indigenen Kundgebungen im Dep. Cauca, welche vom Regionalen Indigenenrat CRIC und der Vereinigung der indigenen Räte des Norden des Cauca ACIN angeführt werden, werden von der Armee und der Mobilen Antidemonstrationseinheit der Polizei ESMAD gewaltsam unterdrückt. Armee und ESMAD setzen dabei unkonventionelle Waffen (Angriffe mit Macheten, selbstgebastelten Bomben, Splittermunition, die aus Tränengaswerfern oder Gummischrotgewehren abgeschossen wird, Scharfschützen und bewaffnete Zivilisten innerhalb der Polizeieinheiten, die mit Gewehren schießen) ein, um so ihrer Verantwortung zu entgehen und die Indigenen selber für die Gewaltakte verantwortlich zu machen. Ein Indigener wird ermordet, mehr als 70 werden durch Machetenhiebe, Splitter und Schüsse verletzt. Die Indigenen beschliessen die panamerikanische Strasse zu blockieren, welche Kolumbien mit Ecuador verbindet. Victor Meléndez, Ombudsmann des Dep. Cauca, bezeichnete das Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte als „unverhältnismässig“.

<http://colombia.indymedia.org/news/2008/10/94498.php>

Walberto Hoyos Rivas, Führungsperson der afrokolumbianischen Gemeinschaft des Curvaradó-Flusses im Dep. Chocó wird von Paramilitärs in der humanitären Zone von Caño Manso ermordet. Er hatte sich aktiv für die Verteidigung des kollektiven Landtitels der afrokolumbianischen Gemeinschaft eingesetzt. Am 17. Sept. 2007 überlebte er ein Attentat gegen ihn und seinen Bruder. Walberto Hoyos stand kurz davor, als Zeuge beim Prozess gegen zwei Paramilitärs auszusagen, welche in den Mord einer anderen Führungsperson verwickelt waren. Walberto Hoyos hatte provisorische Schutzmassnahmen des Interamerikanischen Menschenrechtshofes. Hinter dem Mord an Walberto Hoyos stehen die gleichen von Militär und Polizei geschützten paramilitärischen Strukturen, welche die Ölpalmunternehmer, die Viehzüchter und die Holzfirmen schützen und die selber von diesen unterstützt werden.



<http://justiciapazencolombia.org/spip.php?article182>

Der Staatsrat erlässt ein Urteil, wonach 82 Indigene, welche beim Massaker am Naya-Fluss im Jahr 2001 vertrieben worden waren, vom Verteidigungsministerium entschädigt werden müssen. Obwohl das Massaker angekündigt worden war und die Ombudsstelle davor gewarnt und auf die massive Verlegung von paramilitärischen Einheiten in die Region aufmerksam gemacht hatte, unternahm die Armee nichts, um das Massaker an über 40 Indigenen und die Vertreibung von rund 3'000 Personen zu verhindern.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-14/por-masacre-del-naya-estado-debera-indemnizar-con-cerca-de-6-mil-millones-de-pesos-a-82-indigenas\\_4600282-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-14/por-masacre-del-naya-estado-debera-indemnizar-con-cerca-de-6-mil-millones-de-pesos-a-82-indigenas_4600282-1)

### 15. Oktober 2008

Die Justizangestellten beenden ihren 43-tägigen Streik aufgrund der Entlassungsdrohungen und der ausstehenden Lohnzahlungen durch die Regierung. Zudem hatte die Regierung den Zustand innerer Unruhe ausgerufen und damit gewaltsam in den Arbeitskonflikt eingegriffen. Die Regierung erliess eine Lohnerhöhung von 2% für die Richter und 4% für Staatsanwälte und versprach, im Mai 2009 ihre

Verpflichtung in Bezug auf die Löhne zu überprüfen. Von den notwendigen 700'000 Mio. Pesos für die Lohnanpassung, stellte die Regierung nur 131'000 Mio. Pesos zur Verfügung.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-16/se-suspendio-paro-judicial-que-mantuvo-paralizada-a-la-justicia-colombiana-durante-43-dias\\_4605620-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-10-16/se-suspendio-paro-judicial-que-mantuvo-paralizada-a-la-justicia-colombiana-durante-43-dias_4605620-1)